



POLITIK / REDAKTION

Irak - die Luntten sind gelegt ...

(SB) - Im Irak wächst die Sorge, das kriegsgeplagte Zweistromland könnte zum Kampfschauplatz zwischen den USA und dem Iran werden. Seit US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 den Austritt Washingtons aus dem Atomabkommen mit dem Iran angekündigt hat, steigen die Spannungen rund um den Persischen Golf gefährlich an ... (S. 5)

POLITIK / REPORT

Afrika - für fairen Handel kämpfen ... Andreas Fischer im Gespräch

(SB) - "Der CFA-Franc ist der alte, aber heute noch existierende Kolonialismus, die EPAs sind der neue Kolonialismus, und beide gemeinsam bewirken, daß die afrikanischen Länder im primären Sektor verbleiben", sagt Andreas Fischer ... (S. 7)

MEDIZIN / REDAKTION

Die Entsorgungsgesellschaft - Vor dem Grabe auf die Waage ...

(SB) - Am Mittwoch, den 26.6.2019, wurde im Deutschen Bundestag in erster Lesung über zwei Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Organspende in Deutschland debattiert. Dem vorausgegangen war eine ... (S. 22)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Demonstrationen in 100 deutschen Städten:

"Schafft sichere Häfen!"

Nachricht aus der Redaktion Italien vom 8. Juli 2019



*Demonstration in Hamburg,
6. Juli 2019*

Foto: © 2019 Seebrücke Hamburg

(SB) 10. Juli 2019 - Fast 40.000 Menschen haben am Samstag, den 6. Juli, in hundert deutschen Städten - darunter Berlin, München, Bonn, Köln, Duisburg, Frankfurt, Hannover, Bremen und Hamburg - demonstriert, um ihre Solidarität mit Carola Rackete

und den für die Rettung von Menschenleben auf See kriminalisierten NGOs zum Ausdruck zu bringen sowie "eine klare Botschaft an die Bundesregierung zu senden: Deutschland muss alle willkommen heißen, die im Mittelmeer gerettet wurden!". So ist es auf der Facebook-Seite von Seebrücke [1] zu lesen, der NGO, die an der Spitze eines umfangreichen Verbandsnetzes steht, zu dem unter anderem auch Médecins sans Frontières, Pro Asyl, Attac, Borderline Europe und Sea Watch gehören.

"Es kann nicht sein, dass Rettungsschiffe jedes Mal den Notstand ausrufen müssen, bevor sie in einen sicheren Hafen bekommen. Menschenleben sind keine Verhandlungsmasse!" heißt es weiter auf der Facebook-Seite von Seebrücke [2]. "Nachdem sich Außenminister Heiko Maas

SCHACH UND SPIELE / SCHACH / SCHACH-SPHINX

Schwelle der Gefährlichkeit

ausdrücklich mit der Seenotrettung solidarisiert hat und sogar Horst Seehofer an Salvini appelliert die italienischen Häfen zu öffnen, dürfen diese Aussagen kein Lippenbekenntnis bleiben!". Ein deutlicher Hinweis auf den Boykott des Angebots von mehr als 60 deutschen Städten durch die Bundesregierung, die sich bereit erklärt haben, sowohl die von der Alex von Mediterraenea, als auch der Alan Kurdi von Sea Eye geretteten Schiffbrüchigen aufzunehmen. Das gleiche Angebot war auch für die Flüchtlinge gemacht worden, die von der Sea Watch gerettet wurden, aber auch in diesem Fall hatte es die Schließung des Hafens durch die Regierung verhindert.

Übersetzung aus dem Italienischen von Pressenza München

Anmerkungen:

[1] <https://www.facebook.com/SeebrueckeSchafftsichereHaefen/>

[2] <https://seebruecke.org/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

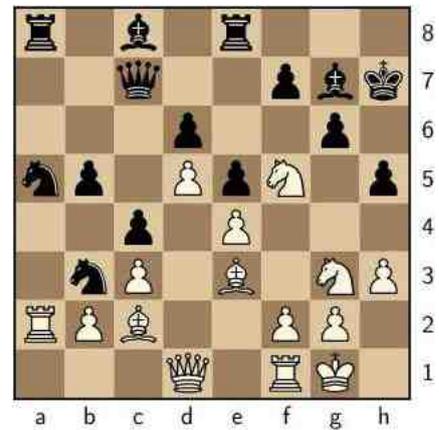
*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfam1015.html>

(SB) - Eine desolante Lage für den Nachziehenden: Ein Bollwerk von weißen Figuren lief angriffsbereit gegen die Tore der schwarzen Königsburg an, deren Majestät nur der Läufer zu Verteidigungszwecken zur Seite stand. Der weiße Springer auf f5 durfte, wie leicht zu ersehen, nicht genommen werden. Mit dem letzten Zug 1...Lb7-c8 sollte defensives Material zum Konfliktherd hinbeordert werden. Auch war geplant, die Abwehrkräfte mit dem Turmmanöver Ta8-b8-b7 zu stärken. Maßnahmen allerdings, die zeitraubend waren und deren Erfolg nur gewährleistet gewesen wäre, wenn der weiße Angriff hinter der Schwelle der Gefährlichkeit stagniert hätte. Doch der Anziehende war im heutigen Rätsel der Sphinx längst imstande, mittels einer gezielten Kombination den losen Zusammenhang der schwarzen Streitkräfte auseinanderzureißen. Also, Wanderer, wie konnte Weiß die Schwächung der schwarzen Königsfestung zu seinen Gunsten ausnutzen?



Gurieli - Achmilovskaja
Tiflis 1982

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Allzu blindwütig war der Karpowsche Angriff mit 1.De4-h7? Portisch überlegte nicht lange, bis er die Widerlegung fand: 1...Dd8xd5 2.Lb1-e4 Dd5-d6 3.Dh7-h8+ Kf8-e7 4.Le4-c2 Sa5-c6 5.Lc2-a4 Sc6-d4! 6.Sf3xd4 Lf6xd4 7.Ta1-e1+ Ke7-f6 8.La4xe8 - die Figur schien Karpow zurückerobert zu haben, aber... - 8...Dd6-f4! 9.Te1-f1 Df4-e5 und Weiß gab auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06982.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

US-Atombomben raus aus Deutschland

von ICAN Deutschland, 7. Juli 2019



Aktionsfestival in Büchel 2019 - wir rüsten ab
Foto: Ralf Schlesener / ICAN Deutschland (CC BY-NC-SA 2.0), via flickr
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0>

Bereits seit Freitag kamen Aktivist*innen aus ganz Deutschland zum Aktionsfestival in Büchel zusammen. Das von den Friedensnobelpreisorganisationen ICAN und IPPNW gestaltete Wochenende fand im Rahmen der Aktionspräsenz "20 Wochen gegen 20 Atomwaffen" statt. Es wurden verschiedene kreative Workshops angeboten und die Ergebnisse am Sonntag auf einer großen Bühne dem Publikum präsentiert. Unter anderem fand eine Performance mit 20 Bombenattrappen statt, um sichtbar zu machen, was hinter dem Militärzaun geheim gelagert ist.

"Mit der Aktion weisen wir darauf hin, dass Deutschland im Rahmen der nuklearen Teilhabe mit dem Einsatz von Atomwaffen und damit mit millionenfacher Vernichtung droht", so Xanthe Hall, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland. Derzeit wird sogar über die Anschaffung neuer Trägersysteme für die modernisierten B61-12-Bomben der USA diskutiert. "Statt sich weiter an die völkerrechtswidrige Abschreckungspolitik zu klammern, sollte Deutschland den abrüstungspolitischen Worten auch Taten folgen lassen und dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitreten", so Hall.

Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen wurde vor zwei

Jahren, am 7. Juli 2017, im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedet. Bisher haben 70 Staaten den Vertrag unterschrieben, 23 bereits ratifiziert. Der Vertrag tritt 3 Monate nach der 50. Ratifizierung in Kraft.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Nein zu Militärstützpunkten und Kriegen

Nachricht vom 6. Juli 2019



Bild: © Reto Thumiger, Pressenza

Im Rahmen der "Stopp Air Base Ramstein"-Aktionswoche fand am 28. Juni der internationale Anti-Militärbasis-Kongress statt. Zum Kongress unter dem Titel "Wars and Military Bases" riefen IPB (International Peace Bureau), das "No to War - No to NATO" Netzwerk und die Europäischen Linken auf.

Das Treffen bot der Friedensbewegung Gelegenheit, die aktuelle internationale politische Situation zu analysieren, über Aktionen in der ganzen Welt zu berichten und zukünftige Aktionen und Projekte zu diskutieren.

Der Kongress verabschiedete folgende Erklärung:



Erklärung der 3. Internationalen Konferenz "Nein zu Militärstützpunkten und Kriegen"

Freitag, 28 Juni 2019

Unsere Haltung gegen den Krieg ist unwiderruflich! Aus diesem Grund leisten wir sowohl persönlich als auch politisch, mit ausschließlich friedlichen und gewaltfreien Methoden, Widerstand gegen den beabsichtigten Krieg der USA und einiger ihrer NATO-Verbündeten gegen den Iran und Venezuela! Die Infrastruktur, Logistik und Führungsstrukturen der Air Base Ramstein spielen eine zentrale Rolle im möglichen Krieg gegen den Iran.

Es darf keine Unterstützung für einen aus Ramstein koordinierten illegalen Krieg gegen den Iran geben.

Auf dieser Konferenz bekräftigen wir unsere Ablehnung der US-Air

Base Ramstein. Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, den Vertrag zur Stationierung ausländischer Truppen in Deutschland - den "Truppenstationierungsvertrag" - aufzukündigen und damit alle US/NATO Militärbasen und Nuklear-Waffen von deutschem Territorium zu entfernen. Dies würde die Schließung der Air Base Ramstein innerhalb von 24 Monaten ermöglichen. Ungeachtet dessen gilt es die Arbeitsplätze der Zivilbevölkerung mit Hilfe eines umfassenden Konversionsprogramms, welches den gewerkschaftlichen Anforderungen für "gute Arbeit" gerecht wird, zu sichern.

Die US-Air Base Ramstein ist ein zentraler ausländischer Militärstützpunkt, aber nur einer von etwa 1.000 weltweit. Unser Ziel ist es, die Schließung all dieser Stützpunkte zu realisieren. Dies wäre ein bedeutender Beitrag zum Weltfrieden, aber auch zum Schutz unserer Umwelt und unseres Klimas. Es ist ein politischer Skandal, dass keines der internationalen Klimaabkommen die destruktive Rolle, die das Militär durch die Bedrohung und Zerstörung der Umwelt spielt, thematisiert/betont. Das Militär ist der Haupt-Klima-Killer.

Abrüstung und der Abbau aller Militärstützpunkte ist aktiver Kli-

maschutz. Es gibt fast 1.000 Militärstützpunkte weltweit. Mit Rüstungsausgaben in Höhe von weit über einer Billion Euro und einer Konfrontation mit Russland, stehen die NATO-Staaten im Zentrum der Militarisierung und repräsentieren somit eine zentrale Bedrohung des Friedens in der heutigen Welt. Frieden und globale Gerechtigkeit sind unvereinbar mit dem globalen Militärbündnis NATO.

Aus diesen Gründen unterstützen wir nachdrücklich die Aktivitäten des internationalen Netzwerks "Nein zum Krieg - Nein zur NATO." Seit 2009 arbeitet dieses Netzwerk daran, die NATO zu delegitimieren. Zusammen mit der britischen Friedensbewegung organisiert das internationale Netzwerk Gegenmaßnahmen gegen den nächsten, im Dezember in London stattfindenden, NATO-Gipfel: Ein Gegen-Gipfel, Demonstrationen und weitere

Protestaktionen sind derzeit in Planung.

Wir bekräftigen die zentrale Forderung des Netzwerkes nach der Auflösung der NATO in Übereinstimmung mit den nationalen Bedingungen/Gegebenheiten und fordern die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten auf, aus dieser auszutreten.

Wir werden unsere Aktivitäten gegen alle ausländischen Militärstützpunkte fortsetzen, in der Tradition der Treffen in Ramstein, Baltimore, Dublin und Florenz. Ebenso werden wir weiterhin unsere Vernetzung ausbauen.

Aus diesem Grund werden wir uns 2020 wieder in Ramstein treffen.

Bis dahin wollen wir für April/Mai 2020 einen internationalen Aktionstag gegen ausländische Militärstützpunkte vorbereiten. Hierbei wollen wir möglichst

versuchen, mehr Anti-Militärbasen-Gruppen zu involvieren.

Unterstützt von den ausländischen Redner*innen: Pat Elder, USA, John Lannon, Irland, Alain Rouy, Frankreich, Vincenzo Santiglia, Italien, Dave Webb, Großbritannien und Ann Wright, USA

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/meinung/bmsp0362.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Irak - die Luntten sind gelegt ...

(SB) 9. Juli 2019 - Im Irak wächst die Sorge, das kriegsgeplagte Zweistromland könnte zum Kampfschauplatz zwischen den USA und dem Iran werden. Seit US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 den Austritt Washingtons aus dem Atomabkommen mit dem Iran angekündigt hat, steigen die Spannungen rund um den Persischen Golf gefährlich an. Aufgrund der US-Finanzsanktionen ist der Export iranischen Öls drastisch gesunken und die

Wirtschaft der Islamischen Republik in eine schwere Krise gestürzt. In den letzten Wochen haben in der Straße von Hormus Unbekannte Bombenanschläge auf mehrere Öltanker verübt und die Iraner eine 140 Millionen Dollar teure US-Spionagedrohne mit einer Boden-Luft-Rakete vom Himmel geholt. Mit einer leichten Erhöhung sowohl der Menge angereicherten Urans als auch des Anreicherungsgrads versucht Teheran die USA zurück an

den Verhandlungstisch zu zwingen. Der verzweifelte Vorstoß könnte jedoch die Trump-Regierung unter Hinweis auf die angebliche Proliferationsgefahr zu einem "Präventivschlag" veranlassen, der eine militärische Kettenreaktion auslösen würde.

Für den Fall eines Waffengangs haben die Iraner längst alle US-Militäreinrichtungen und -Kriegsschiffe am bzw. im Persischen Golf zu potentiellen Zielen

erklärt. Gemeint sind vornehmlich Stützpunkte in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien, Bahrain und Kuwait, die allesamt in Reichweite iranischer Kurz- und Mittelstreckenraketen liegen. Doch im Irak haben die USA rund 5000 Soldaten, die seit 2014 an der Bekämpfung der sunnitischen "Terrormiliz" Islamischer Staat teilnehmen, mehrere größere Luftwaffenbasen sowie eine riesige Botschaft auf dem Gelände der sogenannten Grünen Zone im Herzen Bagdads stehen. Als im vergangenen Sommer eine Panzergranate nahe besagter Botschaft einschlug, wollte Trumps Nationaler Sicherheitsberater John Bolton den Vorfall dem "Mullah-Regime" in Teheran anlasten und als Vorwand für einen Raketenangriff gegen Ziele im Iran nutzen.

Aus den irakischen Parlamentswahlen 2018 ging die "Allianz der Revolutionäre für Reform", auch "Al Sairun" ("Die Marschierer") genannt, ein Bündnis zwischen der Al-Ahrar-Partei des einstigen schiitischen "Radikalpredigers" Muktada Al Sadr und den irakischen Kommunisten, als stärkste Fraktion hervor. An zweiter Stelle landete die Allianz Al Fatah (Eroberer), die von Ex-Kommandeuren jener Volksmobilisierungskräfte gegründet worden war, die 2014 nach dem Aufruf des schiitischen Großajatollahs Ali Sistani zur Verteidigung des Landes gegen die IS-Kalifatsanhänger entstanden waren. Mit den Stimmen von Al Sairun und Al Fatah wurde der parteiunabhängige Technokrat Adil Abdul Mahdi zum Premierminister ernannt. Mit großem Entsetzen haben alle ira-

kische Parteien zur Jahreswende auf den unangemeldeten Truppenbesuch Trumps auf dem irakischen Fliegerhorst Balad an Silvester und die Feststellung des US-Präsidenten, der Militärflughafen dort sei so großartig, daß das Pentagon ihn lange in Betrieb halten sollte, reagiert. Schließlich fordern Al Sairun und Al Fatah seit Monaten den raschen Abzug der US-Streitkräfte aus dem Irak, da der Kampf gegen den IS laut Trump längst "gewonnen" sei.

Um eine Ausweitung etwaiger amerikanisch-iranischer Kampfhandlungen auf irakischem Staatsgebiet zu verhindern, hat Abdul Mahdi die USA vor wenigen Wochen daran erinnert, daß ihre Stützpunkte nahe der Grenze zu Syrien ausschließlich der IS-Bekämpfung dienen. Ob sich die USA im Ernstfall an diese Bedingung halten werden ist ungewiß und höchst fraglich. Am 1. Juli ging Iraks Premierminister noch weiter und verfügte die Auflösung der Volksmobilisierungskräfte. Bis zum 31. Juli sollen sich alle 30 daran beteiligten Milizen, die insgesamt rund 150.000 Mann unter Waffen haben, entweder in die Armee und Polizei integrieren oder sich neu als ausschließlich friedliche politische Partei registrieren lassen, so Abdul Mahdi. Die sogenannten Friedensbrigaden, Nachfolgerorganisation der einstigen Mahdi-Armee Al Sadrs, die vor mehr als zehn Jahren in der Region zwischen Bagdad und Basra den US-Besatzungstruppen schwere und blutige Kämpfe geliefert hatten, sind der Anordnung des Premierministers prompt gefolgt und haben ihre Umbenennung in die Brigaden

313, 314 und 315 der regulären irakischen Armee bekanntgegeben. Ähnliches haben jene Milizen, die der Al Fatah nahestehen, verkündet.

Bei den Milizen, die seit den Tagen Saddam Husseins dem Iran nahestehen, oder Neugründungen wie der Harakat Hisb Allah, die in den letzten Jahren im Kampf gegen den IS eng mit den iranischen Revolutionsgarden zusammengearbeitet haben, sieht es anders aus. Deren Vertreter werfen Abdul Mahdi nun vor, die Auflösung der Volksmobilisierungskräfte "auf Befehl Washingtons" verfügt zu haben. Wie sich diese irakischen Einheiten verhalten werden hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Spannungen zwischen den USA und dem Iran weiter zunehmen oder sich durch irgendein Wunder doch noch legen sollten. Daß die Lage im Irak äußerst gespannt ist, zeigt die Erstürmung der Botschaft Bahrains in Bagdad Ende Juni durch Hunderte aufgebrachte Demonstranten, die wegen der Durchführung jenes Nahost-Wirtschaftsgipfels, mit dem Trumps Schwiegersohn Jared Kushner die Aussicht auf einen eigenständigen Staat Palästina für immer begraben wollte, ihren Unmut äußern wollten. Seit Wochen mehren sich zudem Meldungen über auffällige Schießereien in der Nähe amerikanischer Stützpunkte im Irak sowie über konkrete Vorbereitungen, private Militärdienstleister von dort zu evakuieren.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1678.html>

POLITIK / REPORT / INTERVIEW

Afrika - für fairen Handel kämpfen ...

Andreas Fischer im Gespräch

(SB) 9. Juli 2019 - "Der CFA-Franc ist der alte, aber heute noch existierende Kolonialismus, die EPAs sind der neue Kolonialismus, und beide gemeinsam bewirken, daß die afrikanischen Länder im primären Sektor verbleiben", sagt Andreas Fischer, Mitglied der Arbeitsgruppe gerechter Welthandel der Organisation Attac Berlin. Sie seien zu Rohstoff- und Agrarexporteurern abgestempelt, wodurch der Aufbau einer eigenen Industrie verhindert werde. Die Attac-AG, die unter anderem eine Filmreihe zu Afrika veranstaltet, hatte am 8. Juni 2019 zu einem vierstündigen Infotreffen ins Kino der Regenbogenfabrik in Berlin Kreuzberg geladen, um anhand von CFA-Franc und EPAs über die Afrikapolitik der Europäischen Union zu berichten.

Der CFA-Franc ist eine nach dem Zweiten Weltkrieg von Frankreich in seinen Kolonien installierte Währung, die noch heute Zahlungsmittel in 15 afrikanischen Ländern ist und diese zu billigen Ressourcenlieferanten für Frankreich gemacht hat. Bei den EPAs (Economic Partnership Agreements) handelt es sich um Freihandelsabkommen, die die Europäische Union mit der Gruppe der AKP-Staaten (aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum) zum Abschluß bringen will und die der europäischen Wirtschaft erhebliche Handelsvorteile verschaffen dürften.



Andreas Fischer

Foto: © 2019 by Schattenblick

Im Anschluß an die Veranstaltung stellte sich Andreas Fischer für einige Fragen zur Verfügung.

Schattenblick (SB): Was hat Sie und Ihre Gruppe motiviert, heute diese beiden Diskussionsrunden zu veranstalten?

Andreas Fischer (AF): Unsere Arbeitsgruppe gerechter Welthandel von Attac-Berlin geht auf die Initiative NoTTIP aus dem Jahr 2014 zurück. Damals war noch das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU in aller Munde; das ist inzwischen von Trump abgeschossen worden. Aber es gibt so viele andere Freihandelsabkommen, die sich seitdem weiterentwickelt haben, so daß wir als Kinogruppe über die Auswirkungen der europäischen Handelspolitik auf Afri-

ka informieren wollten. Das Thema läuft normalerweise weitgehend unter dem Schirm der Öffentlichkeit hindurch.

Wenn wir einen Film zeigen oder eine Veranstaltung wie heute organisieren, erfahren wir Dinge, die wir bis dahin nicht gewußt haben. Daher ist es eines der Ziele, solche Informationen zu erhalten und sie weiterzuverbreiten. Wir wollen aber auch mit Afrikanerinnen und Afrikanern ins Gespräch kommen, wenn sie ihre Länder hier bei uns vorstellen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß ein großes Informationsbedürfnis hinsichtlich der Entwicklungen in Afrika besteht, und unser Beitrag dazu soll eben genau nicht unterm Schirm hindurchlaufen.

SB: Beim heutigen Treffen wurde viel Kritik an der Europäischen Union und ihrer Afrikapolitik geübt. Was sollte Ihres Erachtens mit der EU geschehen - halten Sie sie für reformierbar?

AF: Attac-Österreich hat dazu ein kleines Büchlein herausgegeben, das einen Titel trägt, der das ganze Dilemma treffend beschreibt: "Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist" [1]. Die EU ist in dieser Beziehung, gerade was den Handel betrifft, eindeutig auch Täter. Aber jetzt zu sagen, wir gehen raus, ähnlich wie die Briten mit ihrem Brexit, würde zu einem neuen

Nationalismus führen, den wir auch nicht haben wollen. Deshalb ist eine schwierige Frage, ob diese EU noch umzugestaltet ist in eine Richtung, damit sie akzeptabler wird, indem sie beispielsweise auch die Menschenrechte stärker berücksichtigt. Ob das möglich ist, wissen wir nicht. Wir können uns nur darum bemühen, daß es klappt. Ich befinde mich da in dem gleichen Dilemma wie viele andere. Auch Jeremy Corbyn, Vorsitzender der Labour Party in Großbritannien, sagt: Diese EU hat keine Zukunft. Aber da jetzt rauszugehen, führt auch zu nichts. Ich denke, wir müssen trotz dieses Dilemmas weiter daran arbeiten.

SB: Einmal rein hypothetisch angenommen, die EU würde sich von den EPAs verabschieden, würden dann andere Akteure in die Lücken vorstoßen?

AF: Wahrscheinlich, denn die entsprechenden Interessen sind ja vorhanden. Der Nachteil der EU ist, daß sie als Wirtschaftsunion gegründet wurde und dies bis heute geblieben ist. Wir haben über die Verträge von Lissabon praktisch eine kapitalistische Verfassung. Das deutsche Grundgesetz gibt diese Festlegung auf Marktwirtschaft nicht her, aber hinter den EU-Verträgen stehen immer Interessen. Einige der Bauern hierzulande werden das vermutlich anders sehen, aber von den Großexporten, die nach Kenia und in andere afrikanische Länder gehen, profitieren nicht die Kleinbauern, sondern die Hühnerbarone und Schweinekö-nige. Die lassen ihre Schmutzarbeit von mies bezahlten Menschen verrichten. Das sind keine Bauern im eigentlichen Sinne,

sondern Industrialisten - daß es um sie so richtig schade wäre, würde ich nicht sagen. Jedenfalls bringt die EU den kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben zu wenig oder nichts. Sie tun besser daran, ihre Produkte lokal oder regional zu verkaufen.

Was die Absurditäten der Handelspolitik der EU betrifft, so steht dafür beispielhaft die Produktion von Krabben. Die werden in der Nordsee gefangen, mit dem Flugzeug nach Marokko gebracht, weil die Frauen sie da für billiges Geld pulen, und dann mit dem Flugzeug wieder zurück nach Europa transportiert. Solche Unsinnigkeiten gibt es viele.

Es ist noch so viel zu tun, da weiß man manchmal gar nicht, wo man anfangen soll. Das Ausmaß der Probleme und wie sehr sie zusammenhängen, wurde vorhin bei den Diskussionsbeiträgen deutlich. Wenn man sich allerdings um alle Probleme gleichzeitig kümmern wollte, schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen und macht frustriert gar nichts mehr. Also haben wir uns den Bereich Handel ausgesucht, um Kontakte zu knüpfen und für einen gerechteren Welthandel zu kämpfen.

SB: Wenn zwei wirtschaftlich so unterschiedlich gewichtige Partner wie Afrika und die EU Handelsabkommen beschließen, dürfte das für die schwächere Seite schlecht ausgehen. Doch wie verhält es sich mit den Arbeitsbedingungen hierzulande? Wird nicht auch ein Konkurrenzdruck in der EU aufgebaut, wenn es den europäischen Unternehmen leichter gemacht wird, in Afrika billige Arbeit in Anspruch zu nehmen?

AF: Das spielt mit Sicherheit eine größere Rolle bei den Freihandelsverträgen der Industrieländer untereinander. Beispielsweise erwähnte Helga Reimund vorhin die "regulatorische Zusammenarbeit", die beim Freihandelsabkommen TTIP der EU mit den USA vereinbart werden sollte. Die regulatorische Zusammenarbeit war direkt gegen die Demokratie gerichtet, denn es sollte eine Einrichtung geschaffen werden, bei der im Vorfeld politischer Entscheidungen bereits Absprachen mit den Konzernen getroffen werden, so daß möglicherweise sinnvolle Vorschläge - beispielsweise zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen - gar nicht erst im Parlament aufgetaucht wären.

Bei den EPAs sind ganz eindeutig die Hauptbetroffenen immer die armen Länder, zumal die EU die eigene Wirtschaft subventioniert. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Der Handel mit Afrika hat ein zu kleines Volumen, als daß das besonders auf die Arbeitsbedingungen in der EU rückwirkte. Im übrigen wird hierzulande per Massenproduktion gearbeitet, es sind also nicht allzu viele Arbeitsplätze daran beteiligt. In den letzten Jahren ist das Handelsvolumen mit Afrika sogar gesunken. Selbst die weitgehenden Zollfreiheiten, die heute noch die am wenigsten entwickelten Länder genießen, haben nicht dazu geführt, daß sie richtig auf die Beine gekommen sind.

Nur zehn Prozent der in Afrika hergestellten Produkte sind hier überhaupt konkurrenzfähig und würden nachgefragt. Nur verschlimmert man jetzt die Situati-

on noch weiter, anstatt dafür zu sorgen, daß sich dort eine verarbeitende Industrie entwickelt, die dann Mehrwert schafft und den Leuten zu gut bezahlter Arbeit verhilft. Oder in der die kleinteilige Landwirtschaft Afrikas aufgefangen wird, so daß die Bäuerinnen und Bauern ihre Produkte auf den Markt bringen können. Da gäbe es noch ungeheuer viel zu tun.

SB: Bruno Watara (siehe unten) hatte vorhin das Problem angesprochen, daß wenig zur Sprache kommt, was sich die Afrikaner selbst eigentlich wünschen. Wie sollte man mit dem Problem beispielsweise beim Ressourcenabbau umgehen, daß sich auch dann ausbeuterische Strukturen ent-

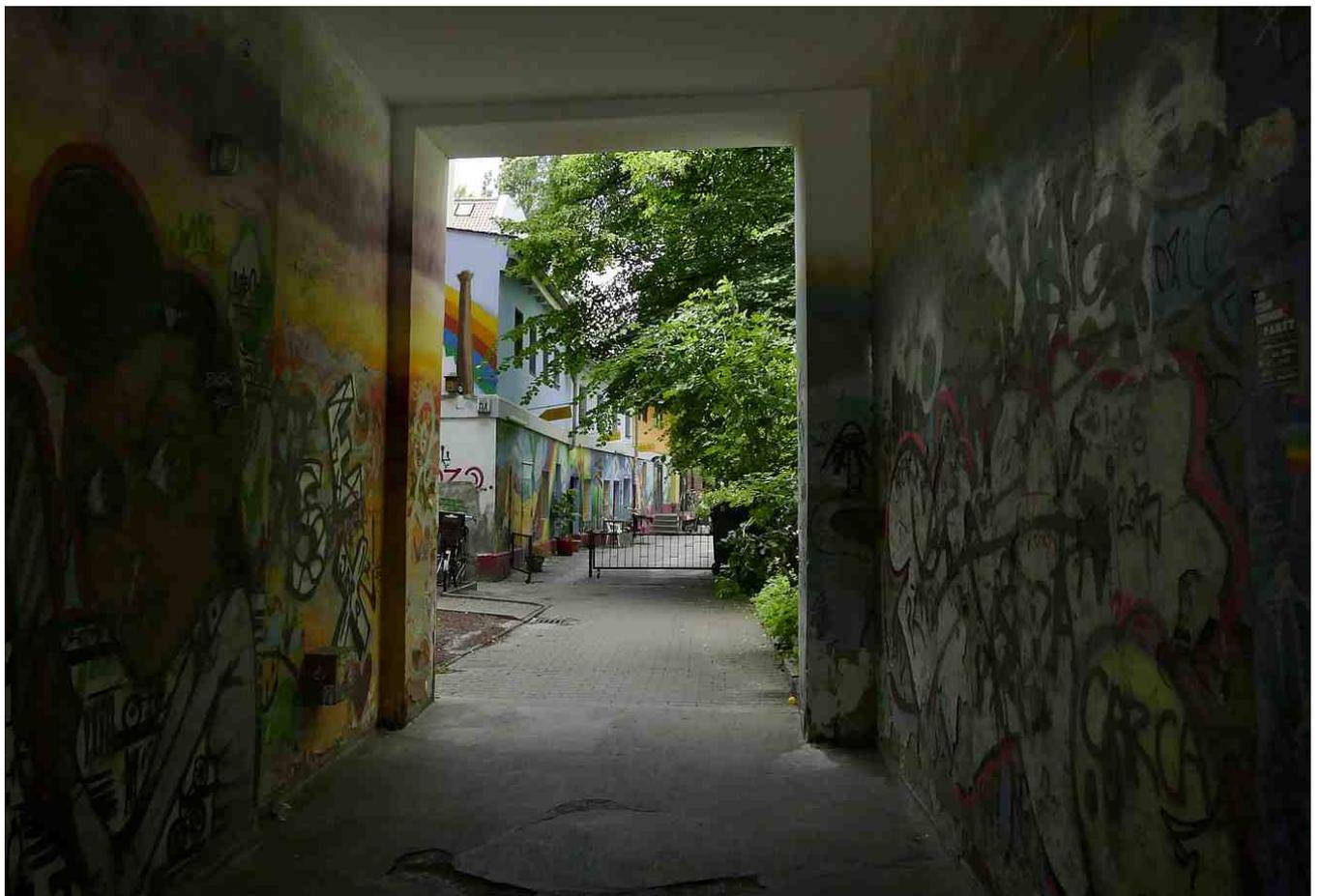
wickeln, wenn nicht Frankreich oder die EU ihre Finger mit im Spiel haben?

AF: Es gibt natürlich kein reines Gut und Böse. Sicherlich bestehen in vielen afrikanischen Ländern unhaltbare Zustände, die hausgemacht sind. Stichworte dazu sind Korruption, Vetternwirtschaft, ewige Präsidenten. Das kann man nicht unter den Tisch kehren. Aber unser Ansatz besteht eben darin, mit unserer Filmreihe afrikanischen Communities, von denen es in Berlin sehr viele gibt, ein Sprachrohr zu bieten. Im kleinen könnte auch das etwas bewirken.

Doch wie es vorhin gesagt wurde, wenn die weitaus meisten Präsidenten im frankophonen Bereich

Hätschelkinder der französischen Regierung sind und ohne deren Einfluß gar nicht an die Macht gekommen wären, hat man tatsächlich ein großes Problem. Da ist noch ein langer Weg zu gehen. Wir wollen diese Dinge bekanntmachen, so daß mehr Menschen wissen, was in den afrikanischen Ländern passiert und wer dahinter steckt.

Zum Glück geht die Entwicklung manchmal auch in die andere Richtung. Wenn Leute an die Macht kommen, wie im vergangenen Jahr Abiy Ahmed Aly in Äthiopien, ein Präsident, auf den die Äthiopier große Hoffnungen setzen, dann bewegt sich ja doch etwas. Aber, vorhin wurden die Namen genannt: Thomas Sankara, Patrice Lumum-



Einblick, Durchblick, Überblick - Attac Berlin informiert im Kino der Regenbogenfabrik über den alten und neuen Kolonialismus der EU-Afrikapolitik

Foto: © 2019 by Schattenblick

ba, Sylvanus Olympio - es kann für einen afrikanischen Präsidenten, der sich mit den Interessen der Industrieländer anlegt, lebensgefährlich sein.

SB: Dann paßt das Stichwort "Panafrikanismus von unten" sehr gut zu dem, was Attac macht?

AF: Ja, ich halte das für einen tollen Ansatz von Bruno Watara und wünsche ihm viel Glück. Es wird sehr mühsam werden, seine Pläne in die Tat umzusetzen und einen Panafrikanismus von unten aufzubauen. Denn wie heißt es so treffend: Afrika ist kein Land - Afrika ist ein Kontinent. Der ist dreimal so groß wie Europa und niemand würde behaupten, daß beispielsweise die Türkei und Deutschland dasselbe sind. Das heißt, innerhalb Afrikas sind selbstverständlich auch Widerstände zu überwinden. Aber wenn es gelingt, die Leute ins Gespräch zu bringen, einen Kontakt

zwischen den afrikanischen Communities herzustellen und ihnen zu zeigen, daß in ihren Heimatländern ähnliche Probleme bestehen, dann ist man einen Schritt weiter.

Wir laden zu unseren Veranstaltungen möglichst Referenten aus Afrika ein, die sich nicht wie ich ihr Wissen angelesen haben, sondern die sagen können: "Ja, ich habe das selbst erlebt." Oder die davon berichten, was Leute aus ihrem Heimatland ihnen erzählt haben. Bruno war schon mehrfach bei unseren Veranstaltungen, und ich hoffe, daß er unsere Filmreihe auch weiter begleiten kann. Wenn es uns gelingt, seine Idee vom Panafrikanismus von unten zu unterstützen, dann haben wir dazu etwas Gutes und Wichtiges beigetragen.

SB: Das ist ein passendes Schlußwort. Vielen Dank, Andreas Fischer.

Anmerkungen:

[1] <https://www.attac.de/startseite/detailansicht/news/entzauberte-union-warum-die-eu-nicht-zu-retten-und-ein-austritt-keine-loesung-ist/>

Bisher im Schattenblick unter INFOPOOL → POLITIK → REPORT zur Attac-Veranstaltung über die EU-Afrikapolitik am 8. Juni 2019 in Berlin erschienen:

BERICHT/342: Afrika - wirtschaftskoloniale Methoden ... (SB)

BERICHT/344: Afrika - Dienstleistungs- und Wirtschaftskolonialismus ... (SB)

INTERVIEW/438: Afrika - Flucht und Gegenwehr ... Bruno Watara im Gespräch (SB)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0440.html>

POLITIK / WIRTSCHAFT / AUSSENHANDEL

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Waffenexport-Lockerung für Saudi-Arabien ist beschämend

Medienmitteilung von der GSoA, 5. Juli 2019

Die Kriegsmaterial-Exportsperr der Schweiz für Saudi-Arabien soll aufgehoben werden. Die GSoA kritisiert diesen Entscheid aufs Schärfste.

Die internationale Kritik an Saudi-Arabien führte im Herbst 2018 auch in der Schweiz zu einem Umdenken: Ersatzteile durften nicht mehr nach Saudi-Arabien exportiert werden, hängige und neue Gesuche wurden nicht weiter behandelt. Jetzt macht der Bundesrat einen folgenschweren Rückzieher und lässt die Lieferungen an Saudi-Arabien wieder zu. Der Bundesrat verschliesst dabei die Augen vor der Tatsache, dass die Aufhebung der Exportbeschränkung die militärische Stärkung eines Regimes bedeutet, das die

Menschenrechte auf eigenem und auf fremdem Territorium regelmässig und schwerwiegend mit Füßen tritt. Offenbar sind dem Bundesrat die Interessen der saudischen Regierung und diejenigen von Rheinmetall wichtiger als die humanitären Werte der Schweiz.

"Bei jeder Waffe besteht ein Risiko, das sie für Menschenrechts-

verletzungen eingesetzt wird, gerade in einem Land, welches sich in an einem Bürgerkrieg beteiligt", meint GSoA-Sekretärin Judith Schmid. "Es würde dem Bundesrat gut anstehen, die Blockierung zu belassen und die Exporte weiterhin zu verbieten." Der Bundesrat argumentiert mit der fehlenden rechtlichen Grundlage und scheint dabei zu vergessen, dass er die fast absolute Hoheit über die auf Verordnungsebene geregelten Export- und Embargobedingungen hat. "Gerade bei den Exportbedingungen hat sich der Bundesrat immer wieder gegen eine Verankerung auf Gesetzesebene gesträubt", erinnert Schmid, "jetzt darauf zu rekurrieren, es bestehe keine gesetzliche Grundlage, ist einfach nur schwach." Hoffnung sieht sie in der letzte Woche eingereichten Korrektur-Initiative, die ein Minimum an Schranken in Sachen Kriegsmaterialexporten in der Verfassung festhalten will.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/wirtschaft/pwau1719.html>

POLITIK / AUSLAND / MELDUNG

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Armee und Nationalgarde nehmen Dutzende Migrant*innen in Chiapas fest

(Mexiko-Stadt, 1. Juli 2019, *desinformémonos*) - Am 27. Juni wurden Dutzende mittelamerikanischer Migrant*innen, die mit einem Güterzug in Chiapas unterwegs waren, von etwa 100 Angestellten der Migrationsbehörde, Soldaten der mexikanischen Armee und der Nationalgarde festgenommen. Als der "La Bestia" genannte Zug in einer ländlichen Gegend angehalten hatte, riefen die Militärs: "Hier spricht die Armee, Sie sind umstellt."

Viele der Migrant*innen versuchten zu fliehen, indem sie über die Dächer der Waggons liefen oder vom Zug ins Gebüsch sprangen. Nach Angaben der Nationalen Migrationsbehörde INM wurden 40 von 400 Migrant*innen festgenommen, die mit dem Zug unterwegs waren.

"Hier spricht die Armee, Sie sind umstellt"

Einige der Festgenommenen wurden laut Medienberichten von den Angestellten der Migrationsbehörde und den Soldaten am Hals gepackt und zu den Fahrzeugen der Behörde gebracht. Diese Razzien waren seit 2014 zurückgegangen, aber nachdem Mexiko mit den Vereinigten Staaten vereinbart hatte, den Zustrom von Migrant*innen zu verringern,

verstärkte die mexikanische Regierung die Polizeieinsätze.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonaal/armee-und-nationalgarde-nehmen-dutzende-migrantinnen-in-chiapas-fest/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonaal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pame0016.html>



POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Regierung schickt 15.000 Soldaten an die Nordgrenze

von Sonja Gerth

(Mexiko-Stadt, 27. Juni 2019, *amerika21*) - Nur wenige Tage nachdem 6.500 Mitglieder der umstrittenen Nationalgarde an der mexikanischen Südgrenze postiert wurden, um Migrant*innen aus Honduras, Guatemala und El Salvador auf dem Weg in die USA aufzuhalten, verstärkt Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) auch die militärische Präsenz an der Nordgrenze.

Verteidigungsminister Luis Crescencio Sandoval erklärte dazu bei einer Pressekonferenz, die Soldaten würden dem Nationalen Migrationsinstitut (INM) helfen, da dieses über zu wenige Mitarbeiter*innen verfüge, um die gesamte Länge der Nordgrenze abzudecken. Dabei räumte Sandoval ein, dass Personen ohne Papiere keine Straftat begehen, sondern lediglich eine Ordnungswidrigkeit. Die Militärs würden sie nur festnehmen, damit die Geflüchteten ihr "normales Aufenthaltsverfahren" beantragten.

Gefahr für die nationale Sicherheit?

Die Grenze zwischen den USA und Mexiko ist über 3.000 Kilometer lang. Der kontinuierliche Strom von Geflüchteten ist aus

Sicht von US-Präsident Donald Trump nicht hinnehmbar und bedroht gar die "nationale Sicherheit". Im Mai registrierte der US-amerikanische Zoll 144.000 Migrant*innen, knapp ein Drittel mehr als im April. Trump drohte dem südlichen Nachbarn mit Strafzöllen, wenn es Mexiko nicht gelinge, die Migrant*innen aufzuhalten.

Auf den entsprechenden kurzen Tweet Trumps reagierte López Obrador zunächst mit einem langen Brief, in dem er die Werte der Zusammenarbeit hervorhob und erklärte, niemand verlasse sein Land freiwillig, sondern nur aus Not. In einer Übereinkunft, die Außenminister Marcelo Ebrard am 7. Juni unterschrieb, machte das Land dann aber doch weitgehende Zugeständnissen. Ein erster Schritt war der Einsatz der Nationalgarde im Süden, nun folgt die Militarisierung der Nordgrenze. Die Zahl der Festnahmen stieg im Monat Mai laut INM um 119 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Flüchtlingsorganisationen wie das Institut der Frauen in der Migration (Imumi) kritisieren diese Politik. "Amlo macht die Geflüchteten zum Spielball der Verhandlungen mit Trump", sagte Imumi-Mitarbeiterin Berenice Valdez der Nachrichtenagentur

Cimacnoticias. "Die Übereinkunft mit den USA läuft nach 90 Tagen ab und wer weiß, welche Faktoren Trump dann heranzieht, um festzustellen ob der Flüchtlingsstrom zurückgegangen ist." Ihrer Meinung nach ist es Zeit für die mexikanische Regierung, am Verhandlungstisch "einmal entschieden Nein zu sagen", um Trump etwas entgegenzusetzen.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/mexiko-regierung-schickt-15-000-soldaten-an-die-nordgrenze/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1891.html>

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Wird die Armee Rechenschaft ablegen?

*von Mario Patrón**

(Mexiko-Stadt, 4. Juli 2019, *la jornada*) - In den vergangenen zwei Wochen sind wichtige Ereignisse geschehen, die mit den Streitkräften in Verbindung stehen. Dazu gehört natürlich der Start der Nationalgarde. Für die Regierung der sogenannten Vierten Transformation (4T) ist die Garde eines ihrer wichtigsten Vorhaben. Die Hauptaufgabe der neuen Einrichtung soll es sein, das Land zu befrieden. Heer und Marine bilden das Rückgrat der Nationalgarde.

Gleichzeitig jährte sich am 30. Juni zum fünften Mal der Tag, der für einen der emblematischsten Schandflecken der Regierung Enrique Peña Nieto steht: das Massaker von Tlatlaya [1]. In diesem Fall übte eine Militärpatrouille Selbstjustiz und richtete mindestens 12 bis 15 Personen hin, die sich bereits in ihrer Gewalt befanden. Die Vorkommnisse waren beschämend, aber noch schlimmer war der politische Umgang auf höchster Ebene damit. Es wurde versucht, das Massaker geheimzuhalten. Verteidigungsminister General Salvador Cienfuegos höchstpersönlich und der damalige Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Eruviel Ávila, belogen die Öffentlichkeit. Sie erklärten, alle Toten seien das Resultat einer bewaffneten Ausein-

andersetzung und nicht einer Hinrichtung. Sie begleiteten dies mit einer Täuschung, der Tatort wurde manipuliert.

Es ist ein historischer Zufall, dass der fünfte Jahrestag dieser emblematischen Menschenrechtsverletzung mit der Ankündigung zusammenfiel, die 70.000 Mitglieder der Nationalgarde ausschwärmen zu lassen. Die Frage ist, ob das Aufgebot von Heeresmitgliedern und Marinesoldaten - nun unter dem Dach der Nationalgarde - nicht ähnliche Risiken wie die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit schafft. Eine Militarisierung, die Taten wie in Tlatlaya ermöglicht hat.

Historisches Treffen im Fall Ayotzinapa

Das dritte Vorkommnis ist die Information, die der Staatssekretär Alejandro Encinas in der vergangenen Woche bekanntgab. Demnach haben sich die Mitglieder der präsidentiellen Kommission für den Fall Ayotzinapa mit der Armee, speziell mit Verteidigungsminister Luis Cresencio Sandoval getroffen. Das ist tatsächlich eine Neuigkeit: dieselbe Armee, die sich weigerte, mit der Unabhängigen Internationalen Expert*innengruppe (GIEI) zu-

sammenzuarbeiten. Dieselbe, die Fakten verbarg. Dieselbe, die über ihre Anwesenheit in zwei Momenten der tragischen Ereignisse von Iguala log - an der Brücke Chipote und in der Klinik Cristina. Dieselbe, die die ländliche Lehreruniversität Ayotzinapa durch Julio César López Patolzin, einen der 43 Verschwundenen, infiltriert hatte.

Dieselbe Armee, die die Arbeit der Expert*innen, aber auch internationaler Einrichtungen wie der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) und des UNO-Hochkommissariats für Menschenrechte (ONUDH) geschmäht hat. Die auf die Ankündigung der präsidentiellen Kommission für den Fall Ayotzinapa mit der schroffen Reaktion des Generals Alejandro Ramos Flores, Leiter der Rechtsabteilung des Verteidigungsministeriums, antwortete. Nun trifft sie sich unter dem Mandat eines neuen Oberkommandanten alias Andrés Manuel López Obrador mit den Familienangehörigen der Opfer und deren Repräsentant*innen, die Teil der präsidentiellen Kommission sind.

Das Treffen an sich ist bemerkenswert. Ich wage zu behaupten, dass sich zuvor kein General in der Position des Verteidigungs-

ministers mit Opfern schwerer Menschenrechtsverletzungen getroffen hat. Doch angesichts der Rolle der Armee bei der Tragödie von Ayotzinapa, aber auch in anderen Fällen wie Tlatlaya, bleibt die unausweichliche Frage, ob das Treffen ein reales Zeichen für die institutionelle Bereitschaft ist, zur Wahrheit beizutragen. Und ob es eine explizite Anweisung des Präsidenten der Republik in seiner Funktion als Oberkommandanten der Streitkräfte gibt, damit diese mit den Familienangehörigen der 43 zusammenarbeiten.

Was wusste die Armee?

Die Fragen haben keinen rhetorischen Charakter. Die Militärs könnten aktiv oder passiv in den Fall Ayotzinapa verwickelt sein. Mitglieder des 27. Infanteriebatallions mit Sitz in Iguala könnten mit dem organisierten Verbrechen in der Region verbandelt sein. Ist es möglich, dass in Iguala eine so schwere Gewalttat wie gegen die 43 verübt wird, ohne dass die Armee zumindest relevante Information hat? Die Antwort ist zweifellos Nein. Ich glaube vielmehr, dass die Militärs entscheidende Information haben könnten, die zur Wahrheit führen.

In den vorausgegangenen zwei Regierungsperioden (2006 - 2018)

musste die Armee keine Rechenschaft ablegen. Die Regierungen von Peña Nieto und Calderón gaben den Streitkräften eine Protagonistenrolle. Dies führte dazu, dass sie faktisch über der zivilen Macht standen. Heute stellt sich die Frage, inwieweit sich dieser Status ein Jahr nach Beginn der 4T geändert hat. Die Streitkräfte bilden das Rückgrat der neu geschaffenen Nationalgarde. Sie wurden sogar damit beauftragt, das Tankwagen-Programm zu koordinieren, als die Treibstoffversorgung [Anfang des Jahres] zusammenbrach. Ein anderes Beispiel sind Bauaufträge wie die Konstruktion des neuen Flughafens Santa Lucía.

Hoffen wir, dass die Protagonistenrolle, die die Streitkräfte nach wie vor im politischen Leben des Landes haben, kein Hindernis dafür sein wird, die Armee aufzuzurechnen, Rechenschaft abzulegen. Dies gilt besonders für Fälle wie Ayotzinapa oder die Massenhinrichtung von Tlatlaya, die das Land gezeichnet haben. Hoffen wir, dass die Worte López Obradors wahr werden. Laut ihm wird die neue Nationalgarde keine Menschenrechte verletzen und die Regierung "wird keine Ruhe geben, bis der Verbleib der jungen Leute von Ayotzinapa bekannt ist". In der Tat hängt dies zu einem Gutteil vom Oberkommandanten der Streitkräfte ab.

** Mario Patrón leitete mehrere Jahre die Menschenrechtsorganisation Centro Pro bevor er im Frühjahr 2019 zum Rektor der Jesuitenuniversität in der Stadt Puebla bestellt wurde.*

Anmerkung:

[1] <https://www.npla.de/poonal/derfall-tlatlaya-mexikanisches-militaersoll-21-personen-hingerichtet-haben/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/wird-die-armee-rechenschaft-ablegen/>
Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1892.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

POLITIK / MEINUNGEN / FRAGEN

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Erzbischof: Bolsonaro ist "ein widerlicher Typ"

von Paolo Moiola

(Lima, 27. Juni 2019, comunicaciones aliadas) - Sérgio Eduardo Castriani, der Erzbischof von Manaus, ist ein guter Kenner des Amazonasgebiets und der hier stattfindenden Konflikte. Viele Jahre arbeitete er im Bundesstaat Acre im äußersten Westen Brasiliens mit dem indigenen Volk der Asháninka zusammen. Auch danach hatte er mit verschiedenen indigenen Völkern zu tun. 2012 kam er in die Zwei-Millionen-Metropole Manaus, die rasant wachsende Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas. Interview: Paolo Moiola.



*Sérgio Eduardo Castriani, Erzbischof von Manaus
Foto: © Paolo Moiola, Comunicaciones Aliadas*

*

Paolo Moiola: Nach den ersten Monaten der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro: Sind Sie eher pessimistisch oder eher optimistisch?

Sérgio Eduardo Castriani: Ich bin eher realistisch, denn die schlimmsten Befürchtungen bestätigen sich. Brasilien verändert sich gerade zum Schlechteren, aber alles wurde ja bereits im Wahlkampf gesagt.

*Warum wählten die Brasilianer*innen eine gefährliche Gestalt wie Bolsonaro?*

Die Brasilianer*innen haben mit der Wahl Bolsonaros eine Ant-

wort auf die Wirtschaftskrise gegeben, aber auch auf die ethische und moralische Krise, in der sich das Land befindet. Bolsonaro steht für etwas Neues, obwohl er das nicht ist. Die Leute haben die Politiker*innen satt. Die Arbeiterpartei PT hatte ja ihre Chance, etwas anders zu machen. Zu Zeiten der Präsidentschaft Lulas (2003 - 2010) gab es viel Hoffnung. Dann aber haben sie getan, was auch die anderen taten, und begannen mit der Korruption. Mit der Arbeiterpartei an der Regierung verdienten die Banken viel Geld. Dann, in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl im Oktober 2018, wählten viele immer noch den Kandidaten der Arbeiterpartei: weil sie Bolsonaro

nicht wollten - aber nicht weil sie die Arbeiterpartei wollen. Auch ich habe die PT gewählt, weil ich einen widerlichen Typen wie Bolsonaro nicht wählen konnte.

Allerdings muss man zugeben, dass auch viele gute Leute für ihn gestimmt haben. Mein Arzt hat ihn zum Beispiel gewählt, obwohl er ein intelligenter Mann ist. Sein Argument war, dass er etwas Neues und nicht mehr die PT an der Macht haben wollte.

Der Indigenenmissionsrat CIMI und die Landpastorale CPT sind zwei Organe der katholischen Kirche in Brasilien, die wichtige Arbeit leisten. Haben sie nun mehr Probleme?

Ohne jeden Zweifel. Erstens aufgrund des Diskurses über indigenes Land, und zweitens aufgrund der Frage des Privateigentums. Probleme gab es allerdings diesbezüglich auch schon mit Präsidentin Dilma Rousseff. Gegen den CIMI-Präsidenten wurde seinerzeit im Bundesstaat Mato Grosso do Sul ermittelt. Bolsonaro erklärte CIMI und die brasilianische Bischofskonferenz nun zum "verfaulten Teil der katholischen Kirche". Das Problem ist, dass wir in Brasilien nicht nur diesen Präsidenten haben, sondern auch einen konservativen Justizapparat und einen konservativen Kongress, der von einer Koalition aus Vertreter*innen der Evangelikalen, der Grundbesitzer*innen und der Waffenlobby beherrscht wird.

Wie lässt sich Ihrer Meinung nach das Amazonasgebiet retten?

Die Situation des Amazonasgebietes ist alarmierend. In den vergangenen 40 Jahren habe ich gesehen, wie sich alles verändert: vom Regenwald über das Klima bis zu den Städten. Dennoch ist zu sagen: Brasilien hat eine gute Umweltgesetzgebung. Würde diese angewendet, gäbe es nur wenige Probleme. Bedauerlicherweise wurden unter den Regierungen der Arbeiterpartei (2003 - 2016), vor allem in der zweiten Amtszeit von Dilma Rousseff 2015/16, die Umweltbehörde IBAMA und andere Kontrollorganismen zerstört.

*Taten die Regierungen der Arbeiterpartei denn auch etwas für das Amazonasgebiet und dessen Bewohner*innen?*

Als Lula 2003 Präsident wurde, hatten die armen Familien im

Amazonasgebiet nach und nach Geld. Das staatliche Hilfsprogramm Bolsa Familia war ein sehr wichtiges Instrument. Zudem gab es für viele erstmals eine Versorgung mit Strom. Das waren Erfolge der ersten Lula-Jahre. Danach aber änderten sich die Dinge. Die Korruption kam, und an der Macht wurde die Arbeiterpartei elitär.

Wie würden sie die derzeitige Situation der indigenen Völker beschreiben?

Als ich 1979 (während der Militärdiktatur) nach Acre kam, sagte ein Innenminister, in zehn Jahren seien die Indigenen verschwunden. Das Gegenteil geschah: es handelt sich um die Bevölkerungsgruppe, die in Brasilien am stärksten gewachsen ist. Meiner Meinung nach sind die indigenen Völker die am besten organisierten Armen in Brasilien. Und genau aus diesem Grund werden sie auch am stärksten verfolgt.

Ist es sinnvoll, von einer Integration mit der nicht-indigenen Bevölkerung Brasiliens zu sprechen?

Die indigene Kultur ist vollkommen anders. Ich habe viele Indigene kennengelernt, im Landesinneren und in der Stadt. Ich gestehe, es gelingt mir nicht, alles zu verstehen, was sie mir sagen. Aber das ist ein Reichtum für Brasilien. Es wäre schrecklich, diese Vielfalt zu verlieren. Glücklicherweise verfügen die indigenen Völker über eine große Widerstandskraft.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/erzbischof-bolsonaro-ist-ein-widerlicher-typ/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/meinung/pmfr0006.html>

Kooperationspartner



poonal

Kooperationspartner von Schattenblick

poonal - Pressedienst

lateinamerikanischer

Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.



Pressenza

Kooperationspartner von Schattenblick

Reto Thumiger

E-Mail:

redaktion.berlin@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

11. Juli 1899 - Gründung der Fiat, einer Dynastie des italienischen Industrie-Adels

Aus der Geschichte einer Dynastie des italienischen Industrie-Adels

Vor 120 Jahren wurde die Fabbrica Italiana Automobili Torino (FIAT) gegründet

von Gerhard Feldbauer, 6. Juli 2019



Fiat 3,5 HP - das erste Automobil des 1899 in Turin gegründeten Industriekonzerns

Foto: Maurizio Torchio [CC BY-SA 3.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)]

(Gerhard Feldbauer) - Am 11. Juli 1899, vier Jahre bevor Henry Ford in Dearborn im US-Staat Michigan seine Automobilgesellschaft gründete, wurde in Turin die Gründungsurkunde der Fabbrica Italiana Automobili Torino (FIAT) unterzeichnet. Zu den acht Unterzeichnern gehörte der Sohn eines vermögenden Grundbesitzers und Offiziers der sabaudischen Kavallerie, Giovanni Agnelli, Großvater Gianni Agnelli, der nach 1945 die erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens gestaltete. Giovanni Agnelli stieg schon bald zum eigentlichen Beherrscher und Besitzer des Konzerns auf. Ähnlich wie Carl Benz

und Gottlieb Daimler in Deutschland erkannte Agnelli, dass die Tage des Pferdes gezählt waren und an die Stelle der Droschke das Auto entscheidendes Verkehrsmittel werden würde.

Schon Ende 1899 verließ das erste Fahrzeug das Turiner Werk. Der "FIAT 1899" wirkte wie eine kleine Kutsche, die zwei bis drei Personen Platz bot. Der 12 PS-Heck-Motor mit einem Hubraum von 679 cm³ brachte das Fahrzeug auf maximal 40 km/h. Im rasanten Tempo entwickelte sich Fiat über Norditalien hinaus und exportierte schon 1901 die ersten Autos ins Renault-Land Frankreich. 1903 stellte FIAT das erste Auto für den Transport schwerer Lasten, den Fünf-Tonner "24 HP", her. 1906 wurden bereits 1149 Pkw produziert, von denen 300 nach England gingen.

Mit der Übernahme der Ansaldo-Werke 1905 entstand mit Fiat-Ansaldo, aus der die Brevetti-Fiat-Ge-

sellschaft hervorging, das größte italienische Industrie-Unternehmen, das nicht nur Autos produzierte. Schon seit 1903 hatte Ansaldo Schiffs- und Flugzeugmotoren hergestellt. 1916 wurde die Società Italiana Aviazione (SIA) gegründet, die, 1918 in Fiat-Aviazione umbenannt, die Jagdflugzeuge Fiat G5 und Fiat G91 herstellte. Im Ersten Weltkrieg stieg das Unternehmen zum größten Rüstungskonzern (Schwerpunkte gepanzerte Fahrzeuge und Flugzeuge) auf. Hinzu kamen Werften, Eisenerzbergwerke und eisenverarbeitende Fabriken. 1917 wurde der erste Panzer Fiat 2000 (Mod. 17) hergestellt, Anfang 1918 ein zweiter (Mod. 18).



Mit dem Fiat 2000, dem schwersten Panzer seiner Zeit, entwickelte Fiat nach dem Ersten Weltkrieg den ersten Panzerkampfwagen Italiens

Foto: The original uploader was Riottoso at Italian Wikipedia [Public domain]

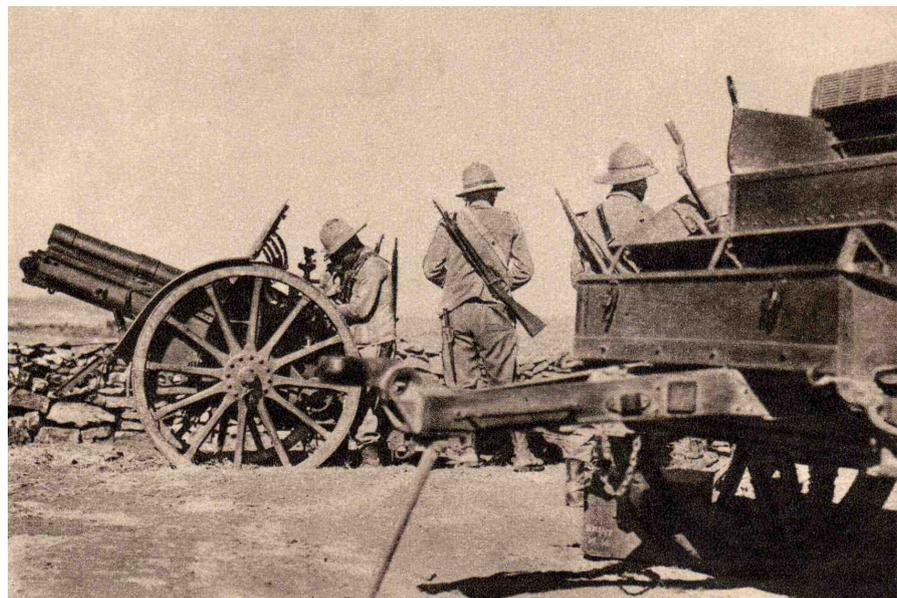
Die 40-Tonnen-Kampfwagen wurden vom italienischen Heer übernommen und bildeten zusammen mit den bereits vorhandenen französischen Panzern den Grundstock der ersten italienischen Panzer-Abteilung. Auf Initiative Agnellis finanzierten Ettore Conti (Elektro-Sektor), Guido Donegani (Chemie) und Alberto Pirelli (Reifen/Gummi) mit ihm zusammen 1915 das Kampfblatt Mussolinis *Il Popolo d'Italia*, das in offenem Chauvinismus den Kriegseintritt Italiens an der Seite der Entente forderte. Während des Krieges stieg der Rüstungsgigant zum größten Kriegsgewinnler auf und produzierte 95 Kriegsschiffe, 3.800 Flugzeuge, 10.900 Kanonen und 10 Millionen Artilleriegeschosse.

"Großer Beitrag" zur faschistischen Machtergreifung

1919/20 trugen die Herausgeber des *Popolo d'Italia* mit kräftigen Finanzspritzen zum Machtantritt des Faschismus unter Mussolini bei. Zum Dank dafür, dass der ehrenwerte Agnelli "einen großen Beitrag zur faschistischen Propaganda geleistet und seine Unterstützung den Zeitungen zukommen (ließ), die für die unverfälschte Wahrheit des Faschismus stehen", berief ihn der "Duce" im September 1923 in den Senat. [1]

Mit dem Werk in Lingotto, einem Stadtteil von Turin, dem Sitz der Konzernzentrale, entstand die zu dieser Zeit modernste Auto-Fabrik Europas. Sie verstärkte das Image der Fiat, die in den 1920er Jahren in Europa und weltweit die Auto-Produkti-

on bestimmte. Weniger bekannt wurde, dass Panzer und motorisierte Technik der eine halbe Million Soldaten zählenden Kolonialarmee, die in einem blutigen Feldzug (mit 250.000 Toten) 1935/36 Äthiopien (das damalige Abessinien) eroberte, von Fiat stammten und aus dessen Flugzeugen die mehr als 350 Tonnen des auf Mussolinis Befehl eingesetzten Giftgases Yperit abgeworfen wurden.



Italienische Streitkräfte bei einem Angriff auf abessinische Stellungen in der Tembien-schlacht am 1. Januar 1936

Foto: luce - ediz. d'arte v.e. Boeri - v. f. Corridoni, 7 Roma [Public domain]

Gianni Agnelli war Leutnant in der von Mussolini zur Unterstützung der Aggression Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR geschickten Armata Italiana in Russia (ARMIR). Großvater Giovanni dürfte dafür gesorgt haben, dass er zum deutsch-italienischen Afrika-Korps nach Tunis versetzt wurde, bevor die 230.000 Mann zählende ARMIR im Dezember 1942 von der Ro-

ten Armee in der verschneiten Donezsteppe größtenteils vernichtet wurde. Auch aus Tunis wurde Gianni vor der Kapitulation der 250.000 aus Italienern und Deutschen bestehenden Afrika-Armee am 13. Mai 1943 abberufen.

Die persönlichen Erfahrungen Giannis trugen dazu bei, dass der Großvater, wie andere führende Wirtschaftskreise auch, erkann-

te, dass Hitlerdeutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte und mit ihnen, um nicht in die Niederlage hineingezogen zu werden, auf die Seite der Palastverschwörer wechselte, die sich im Juli 1943 Mussolinis entledigten. Der Fiat-Besitzer vollbrachte ein Meisterwerk von Ambivalenz. Während er sich zu der von König Vittorio Emanuele III. eingesetzten Regierung von Marschall Pietro Badoglio in den von den Anglo-Amerikanern besetzten Süden in Salerno begab, schickte er seinen Generaldirektor Vittorio Valletta in das von der Wehrmacht besetzte Norditalien zur Konzernzentrale nach Turin.



*Giovanni ("Gianni") Agnelli (links), 1940 mit seinem Großvater Giovanni Agnelli (rechts)
Foto: The original uploader was Dgtmedia - Simone at Italian Wikipedia [CC BY 3.0
(<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>)]*

Generaldirektor Valletta auf der Liste der Kriegsverbrecher

Dort hielt dieser für Hitlerdeutschland die Kriegsproduktion aufrecht, unterdrückte den Widerstand der Arbeiter dagegen und sorgte bis Kriegsende für höchstmögliche Profite. Das hatte zur Folge, dass das Nationale Befreiungskomitee für Norditalien, ein von den Alliierten anerkanntes Organ der antifaschistischen Einheitsregierung, Valletta auf die Liste der faschistischen Kriegsverbrecher setzte. Vor der Festnahme durch Partisanen retteten ihn im April 1945 amerikanische Offiziere. Vallettas Stellvertreter, Giancarlo Camerana, hatte im Auftrag Agnellis bereits ein Jahr vorher in Bern mit Allen Dulles, dem Gesandten des Strategic Service (OSS), einem Vorläufer der



Vittorio Valletta in Turin neben einem Fiat 500 D - Aufnahme von 1964

Foto: Istituto Centrale per gli Archivi [Public domain]

CIA, die Nachkriegsexistenz von Fiat geregelt. [2] Nach 1945 erwirtschaftete Fiat seinen gewaltigen Umsatz nur noch etwa zur Hälfte im Autosektor. Sie verfügte über einen Raumfahrtkonzern Snia, der seit den 80er Jahren SDI-Aufträge erhielt, war an Raumfahrtprojekten von Ariespace und Eureka beteiligt, lieferte Motoren und Hitzeschilde für Satelliten und produzierte Raketentreibstoff für das US-Space Shuttle und Militär-Raketen. FIAT Aviazione stellte Flugzeugtrieb-

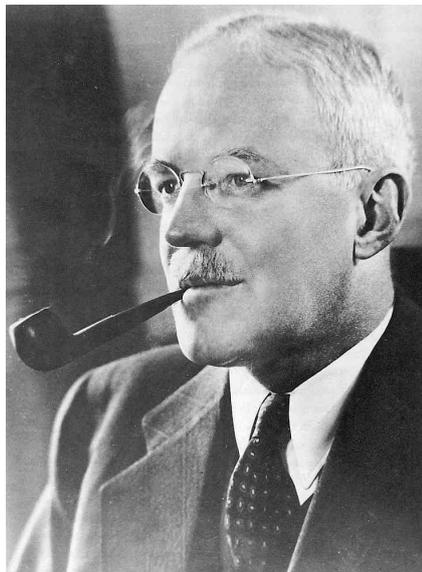
Im Auto-Sektor konkurrierte Fiat in den 1970er Jahren mit Volkswagen um den ersten Platz in Europa. Sie erwarb Alfa Romeo und Ferrari, kaufte sich bei Maserati ein, übernahm die Mehrheit des Kleinwagenhersteller Innocenti und hatte damit Anfang der 90er nahezu die gesamte italienische

Auto-Produktion in ihrer Hand. Nach dem Untergang des Ostblocks gehörte FIAT-Auto zu den ersten, die in Ungarn, Jugoslawien und Polen Fuß faßten und in der UdSSR, später Russland, ihrem alten langjährigen Partner, neue Absatzmärkte gewannen.

Nach dem Tod des 81jährigen Patriarchen Giovanni Agnelli im Januar 2003 trat der 13 Jahre jüngere Bruder Umberto an die Spitze des Familienunternehmens. Als er bereits ein Jahr später verstarb, übernahm der zu den Fiat-Erben gehörende Luca Cordero di Montezemolo die Präsidentschaft. Ihm folgte 2010 der Enkel Agnellis, John Elkann, der bereits seit 2004 Vizepräsident war.

Nachdem ein 1999 mit General Motors geschlossenes "Joint Venture" gescheitert war, übernahm der Turiner 2014 den US-amerikanischen Autobauer Chrysler und bildete mit Alfa Romeo, Lancia und Abarth sowie den amerikanischen Modellen Jeep, Dodge und Ram unter Turiner Leitung die Fiat Chrysler Automobile (FCA). 2019 wollte der US-Italiener eine Allianz mit Renault schließen, um hinter Toyota und Volkswagen drittgrößter Automobilkonzern Europas, unter Ein-schluß von Renault-Partner Nissan sogar der weltgrößte zu werden. Der Vorstoß scheiterte, zumindest vorerst, am Einspruch der französischen Regierung, die Garantien für den Erhalt der Standorte von Renault und der Arbeitsplätze forderte. Mehr noch dürfte, wie Medien, so der Sender *Franceinfo*, kommentierten, eine Rolle gespielt haben, dass mit einem bunten Gemisch sehr verschiedener Automarken von Renault, Dacia und Lada über Fi-

at, Alfa Romeo und Lancia bis zu Chrysler und Jeep, vielleicht sogar bis zu Nissan und Mitsubishi, ein Riesenimperium entstanden wäre, das zwar neue Märkte hätte erschließen können, aber auch schwer zu lenken und zu beherrschen gewesen wäre.



Allen W. Dulles, späterer Chef der CIA, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges im Dienste des OSS als Fiat-Protégé tätig
Foto: US Governement
[Public domain]

Wechsel an den Hebeln der Macht

Nach 1945 passte sich Fiat erneut an die Machtverhältnisse an und sicherte so seinen Einfluss darauf. *La Stampa* wies wiederholt die Einmischung Washingtons in die Innenpolitik zurück. Italien sei "kein Protektorat der USA, in dem es erlaubt sei zu begünstigen und zu intervenieren oder Regierungen zu stürzen und zu machen", schrieb die Fiat-Zeitung am 28. Oktober 1975. Damit ergriff der Wirtschaftsgigant offen Partei für die Politik der "Historischer Kompromiss" genannten Regierungszusammenarbeit zwi-

schen dem Vorsitzenden der Democrazia Cristiana (DC), Aldo Moro, und IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer. Nach der Umwandlung der IKP in eine sozialdemokratische Linkspartei (Partito Democratico della Sinistra - PDS, später Democratici di Sinistra - DS) favorisierte Fiat lange Jahre deren reformistischen Kurs. Agnellis Schwester Susanna war Staatssekretär im Außenministerium und stieg nach dem mit Fiat-Hilfe 1996 errungenen Wahlsieg zur Chefdiplomatin auf.

Ein Höhepunkt dieses Zusammenwirkens war 2000 Agnellis Teilnahme als Ehrengast auf dem DS-Parteitag in Turin, bei dem er im Fernsehen auf der Bühne in brüderlicher Umarmung mit DS-Chef Veltroni und Regierungschef D'Alema zu sehen war. Die Sozialdemokraten wollten Fiat für geleistete Wahlhilfe ihren Dank demonstrieren.

Gleichzeitig gehörte Fiat zu den Protégés der 1991 von Umberto Bossi gegründeten Lega Nord. Das entsprach realistischen Wirtschaftsinteressen, denn Leuten wie Agnelli war klar, dass die Korruptionspraxis der DC vom Staatshaushalt nicht länger verkraftet werden konnte und die Konkurrenzfähigkeit der italienischen Wirtschaft in der EU bedrohte. Deshalb unterstützte Fiat die Entmachtung der Christdemokraten durch die Partei Umberto Bossis in der Lombardei.

Den Fall Berlusconi bewerkstelligt

Agnelli widersetzte sich mit Erfolg dem Versuch des von der faschistischen Putschloge P2 an die

Macht gehieften Medien-Unternehmers und Chefs der faschistischen Partei Forza Italia (FI), Silvio Berlusconi (erstmalig Ministerpräsident für neun Monate 1994, nochmals 2001-2006 und zuletzt 2008-2011), ihn als Nummer Eins des italienischen Kapitals auszuschalten. Dass Berlusconi "den alten Industrieadel" ausschalten wolle, sorgte "für Zwiespalt im Unternehmerlager", warnte die FAZ am 4. Juni 2002. Die Auseinandersetzung endete anders als von Berlusconi erwartet. Am 6. April 2010 schrieb die *Financial Times Deutschland*, dass an einem "Bündnis gegen Berlusconi" gearbeitet werde. Die Fäden zum Fall des Medientycoons im November 2011 zog kein Geringerer als der Fiat-Erbe Luca Cordero di Montezemolo, damals FIAT-Präsident, der Berlusconi "die Schuld am Bankrott" des Landes und der "beispiellosen Staatskrise" gab.

Damit ging ein Kapitel faschistischer Regierungspolitik zu Ende, ohne dass ein neues verhindert wurde. Berlusconi spielt zwar nicht mehr die erste Geige, die hat der Chef der faschistischen Lega, Matteo Salvini, seit März 2018 Vizepremier, übernommen, der den Ex-Premier noch braucht, wenn er selbst Regierungschef werden will. Was Fiat betrifft, so herrscht seit der Gründung des



Luca Cordero di Montezemolo - hier am 7. Januar 1998 in Maranello bei der Präsentation des Formel-1-Rennwagens Ferrari F300

Foto: GianAngelo Pistoia [CC BY 3.0

(<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>)]

neuen Unternehmens FCA in Italien eher der Eindruck vor, dass mit Übernahme des US-Amerikaners die Ära Fiat als Repräsentant des "alten Industrie-Adels", der maßgeblich die Geschicke des kapitalistischen Landes mitbestimmte, zu Ende ist.

Anmerkungen:

[1] Alan Friedman: Agnelli - Das Gesicht der Macht. Dt. Ausgabe München 1989, S. 48.

[2] Marcella e Maurizio Ferrara: Cronache di Vita italiana 1944-1958, Rom 1990, S. 125.

*

Quelle:

© 2019 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung
des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/geist/history/ggmm0204.html>

**Geschichtliches und Aktuelles von Gerhard Feldbauer
zu Themen um Italien siehe:**

http://www.schattenblick.de/infopool/europool/ip_europool_politik_italien.shtml

Die Entsorgungsgesellschaft - Vor dem Grabe auf die Waage ...

(SB) 9. Juli 2019 - Am Mittwoch, den 26.6.2019, wurde im Deutschen Bundestag in erster Lesung über zwei Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Organspende in Deutschland debattiert. Dem vorausgegangen war eine Orientierungsdebatte zu diesem Thema im November 2018.

Worum geht es: Angesichts der niedrigen Spenderzahlen wurden zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt, wie man durch eine neue Regelung die Bereitschaft zur Organspende in der Bevölkerung erhöhen kann.

Bislang gilt in Deutschland die sogenannte Entscheidungslösung:

"Organe und Gewebe dürfen nur dann nach dem Tod entnommen werden, wenn die verstorbene Person dem zu Lebzeiten zugestimmt hat. Liegt keine Entscheidung vor, werden die Angehörigen nach einer Entscheidung gefragt. Damit Menschen bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützt werden, bekommen sie in regelmäßigen Abständen Informationsmaterial zugesandt." [1]

Bei dem von einer fraktionsübergreifenden Gruppe von Abgeordneten um Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach vorgelegten Entwurf der doppelten Widerspruchslösung soll nun jeder Bürger als möglicher Organ- oder Gewebespende gelten, *"es sei denn, es liegt ein erklärter Widerspruch oder ein der Organ-*

entnahme entgegenstehender Wille desjenigen vor."

In der Zusammenfassung "Heute im Bundestag" Nr. 721 vom 26.06.2019 heißt es weiter:

"Mit der Einführung der doppelten Widerspruchslösung soll ein Register erstellt werden, in dem Bürger ihre Erklärung zur Organ- oder Gewebespende eintragen lassen können. Der für die Entnahme verantwortliche Arzt wird dazu verpflichtet, durch eine Anfrage bei dem Register festzustellen, ob eine Erklärung des potenziellen Spenders vorliegt.

Ferner muss der verantwortliche Arzt den nächsten Angehörigen darüber befragen, ob ihm ein schriftlicher Widerspruch oder ein der Organentnahme entgegenstehender Wille des möglichen Spenders bekannt ist. Bei Personen, die nicht in der Lage sind, Wesen, Bedeutung und Tragweite einer Organspende zu erkennen und ihren Willen danach auszurichten, ist eine Organ- und Gewebeentnahme grundsätzlich unzulässig.

Die neuen Regelungen sollen mit einer umfassenden Aufklärung und Information der Bevölkerung einhergehen." [2]

Der von der Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Annalena Baerbock und der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE Katja Kipping initiierte Gesetzentwurf setzt auf eine Entscheidungslösung und strebt eine *"Stärkung der Entscheidungsbe-*

reitschaft bei der Organspende" an. Bürgern soll die Möglichkeit gegeben werden,

"ihre Entscheidung einfach zu dokumentieren, jederzeit zu ändern und zu widerrufen. Dazu soll ein bundesweites Online-Register eingerichtet werden.

Die Abgabe einer Erklärung zur Organ- und Gewebespende soll künftig auch in den Ausweisstellen möglich sein. Bürger sollen künftig auf das Register und die Möglichkeit der Entscheidung in Ausweisstellen hingewiesen werden.

Ferner sollen die Hausärzte in die Beratung zur Organ- und Gewebespende einbezogen werden. Vorgesehen ist, dass die Hausärzte ihre Patienten bei Bedarf aktiv alle zwei Jahre über die Organ- und Gewebespenden beraten und sie zur Eintragung in das Register ermutigen sollen. Die Beratung soll ergebnisoffen geführt werden. In der ärztlichen Ausbildung soll die Organ- und Gewebespende künftig verstärkt thematisiert werden. Die Aufklärungsunterlagen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Organ- und Gewebespende sollen alle vier Jahre evaluiert werden." [2]

Bei beiden Regelungen ist vorgesehen, Beratungen zur Organspende ergebnisoffen zu führen. Doch die Praxis sieht schon jetzt anders aus. Sowohl das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) als auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklä-

rung (BzgA) und auch die Krankenkassen werben einseitig und positiv für eine Organspende, so daß von einer wertfreien und offenen Beratung keine Rede sein kann. Weder werden die grundlegend wichtigen Voraussetzungen für eine Organspende, zum Beispiel der Fakt, daß eine künstliche intensivmedizinische Aufrechterhaltung der Körperfunktionen, die von vielen Menschen in ihrer Patientenverfügung abgelehnt werden, nach Feststellung des Hirntods zwingend erforderlich ist, gebührend berücksichtigt, noch werden grundsätzliche, berechnete Zweifel beispielsweise am Hirntodkonzept, d.h. daran, ob ein für hirntot erklärter Mensch wirklich tot ist, angemessen thematisiert. So kann ein Jugendlicher doch in diesem Zustand mit intensivmedizinischer Betreuung durchaus noch weiter wachsen und in die Pubertät kommen oder eine Schwangere ein gesundes Kind austragen. [3]

*Transplantationen -
ein blutiges Geschäft
Rekonstruktion der ersten
Herztransplantation des
südafrikanischen Herzchirurgen
Christiaan Barnard im Dezember
1967 in Kapstadt.
Die sterilen Tücher, die bei der
Operation verwendet wurden,
mußten fortlaufend
gezählt werden.
Foto: 2011 by Tiiu Sild,
public domain*

das immer häufigere Auftreten sogenannter Zivilisationskrankheiten wie Diabetes oder Bluthochdruck, um nur zwei der wesentlichen Ursachen zu nennen, sorgen für einen zunehmenden Bedarf an Herz-, Lungen- oder Nierentransplantationen. Schon jetzt stehen in Deutschland ca. 10.000 Patienten auf der Warteliste für eine Transplantation. Demgegenüber standen im Jahr 2018 955 Organspenden. Insgesamt wurden 3.113 Organe transplantiert. Der Bedarf kann also bei weitem nicht gedeckt werden. Im Jahr 2018 verstarben 901 Menschen, die vergeblich auf ein Organ gewartet haben.

So nimmt es nicht Wunder, daß sich weltweit zahllose Patienten,

nach den allgemein üblichen ethischen und moralischen Standards nicht mit rechten Dingen zustande kommen kann, liegt auf der Hand. [4]

Und dennoch, der Blick auf das Know-how und den wissenschaftlichen und technischen Vorsprung nicht nur Chinas, sondern aller Länder, denen mehr Organe zur Transplantation zur Verfügung stehen, weckt Begehrlichkeiten, wenn man denn an diesem vielversprechenden Zukunftsmarkt der Medizin teilhaben möchte.

Auch innerhalb Europas gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Während in Deutschland 2018 statistisch gese-



Transplantationen sind für den Medizinmarkt von großer Bedeutung, denn durch das Versprechen auf Gesundheit und ein längeres Leben mit einem neuen Organ bergen sie ein hohes marktwirtschaftliches Potential. Der prozentuale Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wächst, und

die es sich leisten können, trotz der Skandale und Enthüllungen über Organraub und Organhandel für teures Geld ein Organ im Ausland, insbesondere in China, einzukaufen. Dort wirbt die Transplantationsbranche mit einer kurzen Lieferzeit von nur wenigen Tagen. Daß ein solches Angebot

hen nur 11,5 Organspender auf 1 Million Einwohner kommen, waren es in Spanien im Jahr 2017 46,9. Deutsche Transplantationsmediziner klagen nicht nur über die geringe Zahl der Transplantationen, sondern auch über das schlechte, weil häufig zu alte "Material", das ihnen zur Verfügung steht.

Da ist es nur logisch, einmal zu schauen, was andere Länder, insbesondere Spanien, anders machen als Deutschland. Ein entscheidender Unterschied, so suggeriert die hitzig geführte Diskussion, sei die Widerspruchslösung, die in vielen Ländern Europas bereits seit längerem praktiziert wird und die jetzt auch für Deutschland in Betracht gezogen wird. Doch auch die Infrastruktur und die Logistik spielen eine entscheidende Rolle. So gibt es in Spanien in jeder der 188 Kliniken, in denen Organe entnommen werden können, einen Transplantationskoordinator und einen Intensivmediziner mit dazugehörigem Team, die erkennen, wenn ein Patient dem Tod entgegenght und als Organspender in Frage kommt.

Maßnahmen gegen den "Organmangel" in Deutschland

Auch wenn die jetzt geführte parlamentarische Debatte einiges Aufsehen in den Medien erregt und den Eindruck erweckt, es würden tatsächlich entscheidende Alternativen für Deutschland diskutiert, wurden die wesentlichen Weichen hin zu einer immer selbstverständlicher in Anspruch genommenen Vergesellschaftung der menschlichen Organe bereits gestellt.

Egal welche der beiden vorgeschlagenen Regelungen letztlich in Kraft tritt, beide gehen mit der Einrichtung eines zentralen Registers einher, in das jeder selbst eintragen kann, ob er einer Organentnahme zustimmt oder ob er dem widerspricht. Auf dieses Register können die Transplantati-

onsbeauftragten dann direkt und unmittelbar zugreifen. Liegt dort keine Eintragung vor, werden im Fall der erweiterten Zustimmungslösung die Verwandten gebeten, eine Entscheidung zu treffen. Im Fall der Widerspruchslösung würden ebenfalls die Angehörigen zu Rate gezogen, doch würde bei ihnen lediglich nachgefragt, ob ihnen ein schriftlicher Widerspruch oder ein der Organentnahme entgegenstehender Wille des Hirntoten bekannt ist. Ist das nicht der Fall, wäre es dann legitim, von einer grundsätzlichen Spendebereitschaft auszugehen und den Hirntoten für eine Transplantation freizugeben, denn ein eigenes Entscheidungsrecht haben Angehörige bei der Widerspruchslösung nicht.

Vor diesem Hintergrund könnte die von Karl Lauterbach erhoffte Verdoppelung der Organspenden bei Einführung der Widerspruchslösung sogar realistisch sein, denn laut Jahresbericht 2016 der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) hat nur etwa jeder sechste Spender (16,4 %) vorab schriftlich eingewilligt. Mit anderen Worten: In 83,6% aller Fälle haben Verwandte stellvertretend für den Hirntoten erklärt, daß er vermutlich mit einer Organentnahme einverstanden wäre. Bei der Einführung der Widerspruchslösung würde sich die Zahl der Organspenden allein dadurch drastisch erhöhen, daß der Anteil an Fällen, bei denen die Verwandten eine Organspende bislang untersagt haben, dann automatisch für eine Transplantation frei gegeben würden.

Der in Deutschland beklagte "Organmangel" bezieht sich jedoch nicht nur auf die große Nachfrage

derjenigen, die auf eine Transplantation warten, sondern steht in einem direkten Verhältnis zu den (Über-)kapazitäten der circa 50 Transplantationszentren, die nicht genug zu tun haben. D.h. es gibt nicht genug Organspender für die vorgehaltene Infrastruktur. Und selbst die von Karl Lauterbach mit Hilfe der erweiterten Widerspruchslösung angestrebte Verdoppelung der Organspenden wird diesen marktwirtschaftlichen Bedarf nicht decken können.

Voraussetzung für eine Spende ist bislang ein intensivmedizinisch voll versorgter Hirntoter, der einer Organspende zu Lebzeiten aktiv zugestimmt hat oder dessen Verwandte einer Freigabe seiner Organe zugestimmt haben. Die Zahl der Patienten, die diese Voraussetzungen erfüllen, ist jedoch begrenzt und wird zur Zeit auf circa 4.000 pro Jahr geschätzt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nicht alle Organe transplantierbar sind. Diese Zahlen werden sich von allein nicht ändern, da schließlich noch immer real gestorben werden muß.

Doch die Bundesregierung hat in weiser Voraussicht bereits gehandelt und mit dem "Zweiten Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende" (GZSO) Tatsachen geschaffen. Das Gesetz, mit dem die organisatorischen, strukturellen und logistischen Voraussetzungen für ein optimiertes und beschleunigtes Transplantationsverfahren auf den Weg gebracht werden, wurde ohne großes mediales Aufsehen am 31. Oktober 2018 vom Bundeskabinett verabschiedet und am 14. Februar 2019 in zweiter und

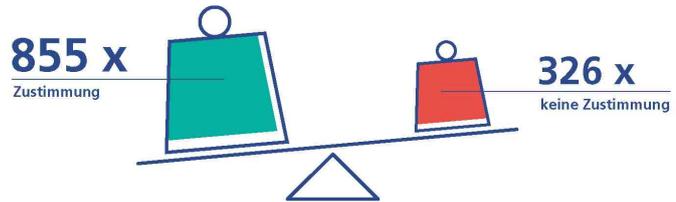
dritter Lesung vom Deutschen Bundestag abschließend beraten. Am 1. April 2019 ist es in Kraft getreten. Durch das GZSO wird die gesetzliche Krankenversicherung zusätzlich mit einem geschätzten jährlichen Kostenaufwand in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro belastet.

Ziel des Gesetzes ist es, "die Strukturen in Bezug auf die Organspende in den Entnahmekrankenhäusern zu verbessern und diese angemessen zu vergüten sowie die Verantwortlichkeiten der am Prozess der Organspende Beteiligten zu stärken" und damit "die Organspendezahlen nachhaltig zu erhöhen". [5]

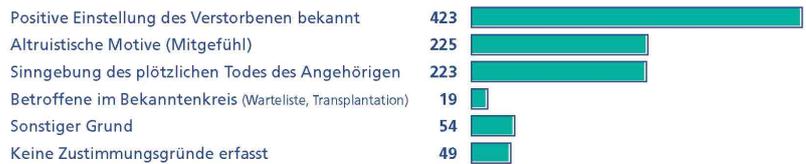
Unter anderem bedeutet das, daß ein neurochirurgischer und neurologischer konsiliarärztlicher Rufbereitschaftsdienst eingerichtet wird, um zu gewährleisten, daß regional und flächendeckend in jedem Entnahmekrankenhaus jederzeit qualifizierte Ärzte für die Feststellung des endgültigen, nicht behebbaren Hirntods zur Verfügung stehen. Zudem wird die Position des Transplantationsbeauftragten ausgebaut. Er soll mehr Zeit bekommen, um seine Aufgaben auch wirklich erfüllen zu können. Es unterliegt der Verantwortlichkeit der Entnahmekrankenhäuser, dafür zu sorgen, daß er möglichst zeitnah hinzugezogen wird, wenn Patienten nach ärztlicher Beurteilung als Organspender in Betracht kommen. Im Gesetzestext heißt es dazu:

"Dies ist vor allem der Fall, wenn aufgrund ärztlicher Beurteilung bei den Patienten eine primäre oder sekundäre Hirnschädigung vorliegt und der endgültige, nicht behebbare

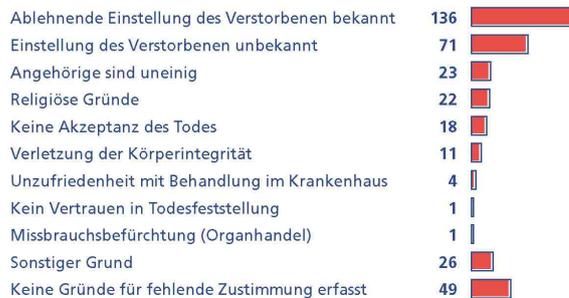
Organspende: Wie entscheiden Angehörige?*



Gründe für eine Zustimmung



Gründe für eine Ablehnung



* Bei den Angaben der Gründe waren Mehrfachnennungen möglich. Die Fälle, in denen ein schriftlicher Wille des Verstorbenen vorlag, sind in dieser Abbildung nicht berücksichtigt.

Quelle: Ergebnisse der Angehörigengespräche nach Feststellung des endgültigen, nicht behebbaren Ausfalls der Gesamtfunktion des Großhirns, des Kleinhirns und des Hirnstamms. Deutschland 2018, DSO-Jahresbericht 2018.

© Stiftung Gesundheitswissen 2019



Statistik 'Organspende: Wie entscheiden Angehörige?' inkl. der Gründe für eine Zustimmung bzw. Ablehnung auf Grundlage des DSO-Jahresberichts 2018

Grafik: © 2019 by Stiftung Gesundheitswissen

Ausfall der Gesamtfunktion des Großhirns, des Kleinhirns und des Hirnstamms vermutet wird oder unmittelbar bevor steht. Um diesen Prozess unter Einbeziehung der im Entnahmekrankenhaus vorhandenen Expertise qualifiziert und auf fachlich hohem Niveau zu gestalten, soll der Transplantationsbeauftragte zeitnah einbezogen werden und die notwendigen Informationen erhalten. Um einen transparenten Prozess zu gewährleisten, sind auch die nächsten Angehörigen des Patienten frühzeitig einzubeziehen." [5]

rigen des Patienten frühzeitig einzubeziehen." [5]

Konkret bedeutet das, daß ein Transplantationsbeauftragter, der durch freien Zugang zu den Intensivstationen und Einsicht in die Patientenakten nicht nur alle erforderlichen Informationen zur Auswertung des Spenderpotentials in die Hand bekommt, sondern auch jederzeit auf das zentrale Organspenderegister zuzugreifen vermag, schon bevor jemand stirbt, dafür sorgen kann, daß die

Voraussetzungen für eine Transplantation gegeben sind. D.h. noch bevor der potentielle Organspender auf natürliche Weise verstirbt oder einen Herztod erleiden kann, wird sein Körper ggf. intensivmedizinisch so betreut und behandelt, daß er letztlich als Hirntoter mit einem künstlich am Leben erhaltenen Körper endet.

Mit dem neuen Gesetz erhalten die Entnahmekrankenhäuser einen gesetzlichen Anspruch auf eine pauschale Abgeltung ihrer Leistungen, die sie im Rahmen der Organentnahme und deren Vorbereitung erbringen. D.h. zusätzlich zu den Pauschalen, die es für die intensivmedizinische Versorgung und die Organentnahme gibt, erhalten die Entnahmekrankenhäuser zukünftig auch noch eine Grundpauschale, die diejenigen Leistungen abdeckt, die sie noch vor der Spendermeldung an die Koordinierungsstelle für die Feststellung des Hirntods erbringen. Allein die Suche nach potentiellen Organ Spendern wird demnach bereits vergütet, unabhängig davon, ob sich letztlich eine Entnahme von Organen daraus ergibt oder nicht.

Sterbende oder ihre Angehörigen müssen also im Krankenhaus damit rechnen, nicht in Ruhe sterben oder aber trauern zu können, sondern sich mit der Frage nach einer Organspende und dem damit verbundenen moralischen Druck und schlechten Gewissen im Falle einer Ablehnung konfrontiert zu sehen.

Egal wie die Debatte um die doppelte Widerspruchslösung oder die Entscheidungslösung ausgehen mag und wie die abschließende Beschlußlage im Deutschen

Bundestag dann im Herbst diesen Jahres aussieht, fest steht schon jetzt, daß die wesentlichen Änderungen, die für mehr Organspenden in Deutschland sorgen werden, ganz im Nebenhinein und ohne große Debatte bereits in Stellung gebracht wurden. Da mag es nur ein kleiner und zynischer Trost sein, daß der deutsche Bürger die Gewißheit hat, daß es ihm zumindest bis zur nächsten Reform des Transplantationsgesetzes noch freistehen wird, einer Organentnahme mit einem klaren NEIN zu widersprechen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.organspende-info.de/gesetzliche-grundlagen/entscheidungsloesung.html>

[2] Schattenblick → INFOPOOL → PARLAMENT → FAKTEN → BUNDESTAG/8578
<http://www.schattenblick.de/info-pool/parl/fakten/pafb8578.html>

[3] Eine ausführliche und kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende und Hirntod finden Sie im Schattenblick unter:
Schattenblick → INFOPOOL → MEDIZIN → REPORT
http://www.schattenblick.de/info-pool/medizin/ip_medicin_report_bericht.shtml
http://www.schattenblick.de/info-pool/medizin/ip_medicin_report_interview.shtml

[4] Fragen und Hintergründe zum Thema Organtransplantationen in China, können der Dokumentation "Ausgeschlachtet - Organe auf Bestellung" entnommen werden:
<https://www.youtube.com/watch?v=ZPbKjrSYGQA>

[5] "Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Transplantations-

gesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende", Deutscher Bundestag, Drucksache 19/6915 vom 08.01.2019

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/069/1906915.pdf>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/redakt/mzrk0002.html>

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter:
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse:
ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht:
Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle
Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10
Absatz 3 MDSStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

TIERE / TIERSCHUTZ / QUAL

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

**Pferdeblutfarmen für europäische Schweinezucht:
deutsche Regierung wäscht ihre Hände in Unschuld**

Nachricht vom 6. Juli 2019

Auf die Wachstumshormone schwangerer Stuten haben es Schweinezüchter in Europa abgesehen: Ohne es zu wissen, isst der Verbraucher mit jedem Bissen nicht nur mit Antibiotika vollgepumptes Fleisch aus Qualhaltung in dunklen Ställen, sondern auch Hormone, die auf sogenannten Pferdeblutfarmen, meist in Südamerika, schwangeren Stuten abgezapft werden, um damit hierzulande Sauen zu behandeln, damit die Ferkelproduktion effektiver läuft.

Mit dem soeben unterzeichneten Mercosur-Abkommen mit Südamerika, durch das die größte Freihandelszone der Welt entsteht, kann nun der Handel mit dem Stutenhormon PMSG uneingeschränkt weiterlaufen. Auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin teilte die Bundesregierung am Donnerstag laut Pressemitteilung [1] des Deutschen Bundestags mit:

"Rund 4 Millionen Einzeldosen des Hormons "Pregnant Mare Serum Gonadotropin" (PMSG) sind im Zeitraum vom 1. Februar 2013 bis zum 31. Januar 2016 zur Behandlung von Sauen eingesetzt worden. Für den Berichtszeitraum vom 1. Februar 2016 bis 31. Januar 2019 ist von etwa 6,4 Millionen Einzeldosen auszugehen."

Die Tendenz ist also steigend und die Hintergründe zu dem, was da hauptsächlich Südamerika geschieht, sind so fürchterlich, dass niemand darüber sprechen will. Schwangeren Stuten solange Blut abzuzapfen, bis sie zusammenbrechen und ihr Ungeborenes verlieren, ist tatsächlich in Deutschland schwer umsetzbar. Und genau deshalb wird es auch woanders produziert:

"Nach Informationen des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wird PMSG in den Niederlanden, Island, Argentinien und Uruguay produziert. Nach Kenntnis des BVL stamme der Wirkstoff der in Deutschland zugelassenen Tierarzneimittel aus diesen Ländern."

heißt es in der Pressemitteilung des Bundestags, die sich auf die Antwort (19/11226) [2] der Bundesregierung bezieht, und weiter:

"In Deutschland werde kein PMSG für die Herstellung von Tierarzneimitteln gewonnen. Der Bundesregierung lägen zudem keine Erkenntnisse vor, die eine tierschutzfachliche Bewertung der Produktionsbedingungen in Südamerika erlauben würden."

Dann ist ja alles gut. Nur weil PMSG nicht hier produziert, wohl

aber in gigantischen Mengen eingeführt wird, haben wir unsere Pflicht getan und waschen unsere Hände in Unschuld. So offensichtlich die Sichtweise der Bundesregierung, und natürlich auch der Agrarindustrie, die massiv davon profitiert.

Die Aussage, dass keine tierschutzfachliche Bewertung der Produktionsbedingungen in Südamerika vorlägen, ist gelinde gesagt problematisch, denn die Tierquälerei in diesem Zusammenhang ist seit Jahren [3] bekannt und wurde auch in der Presse berichtet.

Nun ist erneut Videomaterial aus Uruguay aufgetaucht, aus dem die Tierquälerei eindeutig hervorgeht. Alles kompakt zusammengefasst im gut recherchierten Beitrag des öffentlich-rechtlichen Senders MDR:

"Wie Pferdestuten für die Schweinezucht misshandelt werden" [4] (mdr AKTUELL, 16.04.2019)

Was braucht die Bundesregierung noch, um zu reagieren?

Die gute Nachricht ist, dass jeder Einzelne von uns jeden Tag etwas dazu beitragen kann, um diesem Irrsinn ein Ende zu bereiten: weitgehend auf Fleisch verzichten. Ist

sowieso gesünder. Für alle, auch den Planeten.

Anmerkungen:

[1] <https://www.bundestag.de/presse/hib/650506-650506>

[2] <http://dip21.bundestag.de/-dip21/btd/19/112/1911226.pdf>

[3] <https://www.wir-sind-tierarzt.de/2016/04/pmsg-gewinnung-aus-stuten-suedamerika/>

stuten-suedamerika/
[4] <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/gesellschaft/umwelt/hormon-pmsg-tierquaeler-pferdeblut-schweinezucht-suedamerika-100.html>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/tiere/tischutz/tqual095.html>

Inhalt

Ausgabe 2976 / Mittwoch, den 10. Juli 2019

- 1 BÜRGER und GESELLSCHAFT: Demonstrationen in 100 deutschen Städten - "Schafft sichere Häfen!" (Pressenza)
- 2 SCHACH-SPHINX: Schwelle der Gefährlichkeit
- 3 BÜRGER und GESELLSCHAFT - FAKTEN: US-Atombomben raus aus Deutschland (Pressenza)
- 4 BÜRGER und GESELLSCHAFT - MEINUNGEN: Nein zu Militärstützpunkten und Kriegen (Pressenza)
- 5 POLITIK - REDAKTION: Irak - die Lunten sind gelegt ...
- 7 POLITIK - REPORT: Afrika - für fairen Handel kämpfen ... Andreas Fischer im Gespräch
- 10 POLITIK - WIRTSCHAFT: Waffenexport-Lockerung für Saudi-Arabien ist beschämend (Pressenza)
- 11 POLITIK - AUSLAND: Mexiko - Armee und Nationalgarde nehmen Dutzende Migrant*innen in Chiapas fest (poonal)
- 12 POLITIK - AUSLAND: Mexiko - Regierung schickt 15.000 Soldaten an die Nordgrenze (poonal)
- 13 POLITIK - AUSLAND: Mexiko - Wird die Armee Rechenschaft ablegen? (poonal)
- 15 POLITIK - MEINUNGEN: Brasilien - Erzbischof von Manaus, Bolsonaro ist "ein widerlicher Typ" (poonal)
- 17 GEISTESWISSENSCHAFTEN: Gründung der Fiat, einer Dynastie des italienischen Industrie-Adels (Gerhard Feldbauer)
- 22 MEDIZIN - REDAKTION: Die Entsorgungsgesellschaft - Vor dem Grabe auf die Waage ...
- 27 TIERSCHUTZ: Pferdeblutfarmen für europäische Schweinezucht - Deutsche Regierung wäscht ihre Hände ... (Pressenza)
- 28 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. Juli 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. Juli 2019

+++ Vorhersage für den 10.07.2019 bis zum 11.07.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Fähnchen nach dem Winde schwenken
wird Jean-Luc den ganzen Tag,
um das Wolkenvolk zu lenken,
das sich gern zerstreuen mag.